

Inwentarze starostwa i wójtostwa Bydgoskiego z lat 1753—1766. [Inventare der Starosteien und Vogteien Bromberg aus den Jahren 1753—1766.] Hrsg. von Ryszard Kabaciński. (Bydgoskie Towarzystwo Naukowe, Źródła do Dziejów Bydgoszczy, Nr. 9.) Państwowe Wydawnictwo Naukowe, Oddział w Poznaniu. Warschau, Posen 1977. 87 S., 1 Kte i. T.

Bereits im Jahre 1966 hat die rührige Bromberger Wissenschaftliche Gesellschaft als Band 2 ihrer Reihe „Quellen zur Geschichte Brombergs“ Beschreibungen der Starosteien Bromberg veröffentlicht, darunter Inventare aus den Jahren 1661, 1712, 1713, 1717 und 1765, die als bequem zugängliche Quellen zur Geschichte des Siedlungsausbaues im Gebiet der Starosteien Bromberg von der einschlägigen historischen Landesforschung dankbar begrüßt worden sind. Der hier angezeigte 9. Band der genannten Quellenreihe bringt zwei weitere Inventare dieser Starosteien von 1753 und 1766. Das erste entstand beim Übergang der Bewirtschaftung der Starosteien von Leo Steffens an Michael Rexin, während Heinrich Graf Brühl Inhaber der Starosteien Bromberg war. Das Inventar von 1766 steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Übernahme von Starosteien und Vogteien Bromberg durch Andrzej Zamojski. Bei der Aufnahme von 1766 zählte die Starosteien neben den beiden Städten Bromberg und Fordon über 40 größere und kleinere Ortschaften, deren Ausbreitung an der mittleren und unteren Brahe sowie in den ausgedehnten Waldungen südlich und südöstlich der Stadt Bromberg eine beigefügte Lageskizze anschaulich macht. Die Druckvorlagen beider Inventare befinden sich im Staatlichen Wojewodschaftsarchiv in Bromberg. Dank dieser Aktenpublikationen läßt sich der Siedlungsausbau der Bromberger Amtsdörfer und deren Entwicklung seit den Verwüstungen des zweiten schwedisch-polnischen Krieges recht gut bis zur preußischen Landesaufnahme von 1772/73 durch Friedrich den Großen verfolgen. Dabei zeichnet sich das Inventar von 1766 gegenüber den früheren durch wesentlich reichhaltigere Angaben über die einzelnen Ortschaften, Mühlen, Krüge usw. aus. Neben Zeitdauer und Jahreszahlen der Siedlerverträge werden auch Vor- und Zunamen der angesetzten Siedler verzeichnet. Dies läßt klar erkennen, welchen einen bedeutenden Anteil die sog. Holländerdörfer an der Wiederbesiedlung des Bromberger Starosteigebietes und seinem Siedlungsausbau genommen haben, so beispielsweise in Zimnawoda (Kaltwasser), Langenau, Otterau, Makowska (Steindorf), Dambrowa Wielka (Großwalde), Brühlsdorf, Lochow, Fordaneck, Bartodzieje Wielkie (Groß Bartelsee), um hier nur die wichtigsten zu nennen. Ein Personen- und ein Ortsverzeichnis beschließen die wertvolle Quellenveröffentlichung, die gewiß sowohl von der Landesforschung wie auch von der Familienforschung und anderen historischen Arbeitsbereichen dankbar aufgenommen werden wird.

Marburg a. d. Lahn

Ernst Bahr

Gimnazjum Polskie Macierzy Szkolnej w Gdańsku (1922—1939). Księga pamiątkowa w pięćdziesięciolecie założenia gimnazjum. [Das polnische Gymnasium der ‚Schulmutter‘ in Danzig (1922—1939). Buch der Erinnerung zu seinem 50jährigen Bestehen.] Teil I. Red. Bernard Janik. (Gdańskie Towarzystwo Naukowe, Wydział I Nauk Społecznych i Humanistycznych, Monografia, Nr. 57.) Zakład Narodowy im. Ossolińskich, Oddział w Gdańsku. Breslau 1976. 224 S., 57 Abb. i. T.

In Artikel 33 des Pariser Vertrages zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen verpflichtete sich die Freie Stadt, „auf die Minderheiten

der Rasse, Religion oder Sprache Bestimmungen anzuwenden, die denjenigen ähnlich sind, welche von Polen in Ausführung des Artikels I des in Versailles am 28. Juni 1919 zwischen Polen und den alliierten und assoziierten Hauptmächten geschlossenen Vertrages auf dem polnischen Gebiet angewendet werden ...". Zur Durchführung dieser Verpflichtungen nahm der Volkstag der Freien Stadt Danzig am 20. Dezember 1921 ein Gesetz über das Unterrichtswesen der polnischen Minderheit an, das am folgenden Tage in Nr. 36 des Gesetzblattes der Freien Stadt Danzig verkündet wurde. Zur besseren Wahrung ihrer Interessen hatte die polnische Gemeinde in Danzig wenige Wochen zuvor einen Schulverein mit der Bezeichnung *Macierz Szkolna w Gdańsku* gegründet, dem es zunächst um die Erlangung der Genehmigung des Senats der Freien Stadt Danzig zur Gründung eines polnischen Gymnasiums ankam. Diese erhielt der Verein am 12. Dezember 1921. So konnte der Unterricht am 9. Mai 1922 mit 161 Schülern in fünf Klassen (mit 7 Abteilungen) als „mathematisch-naturwissenschaftliches Reformgymnasium Frankfurter Typs — mit alten Sprachen“ in der ehemaligen Danziger Telegraphenkaserne in Petershagen eröffnet werden. 1927 verließen die ersten sieben Abiturienten diese Anstalt; in den Jahren 1927—1939 waren es insgesamt 203, darunter jedoch nur 106 Bürger der Freien Stadt Danzig. Die Probleme der Schule und ihre weitere Entwicklung werden in mehreren unterschiedlichen Beiträgen von M. W. Urbanek, M. Dragan, F. Kubicki u. a. beleuchtet. Kurze Lebensdaten der Mitglieder des Lehrkörpers und der Verwaltung mit einer statistischen Übersicht über Lehrer und Schüler in den einzelnen Schuljahren beschließen den ersten Teil des Erinnerungsbuches.

Marburg a. d. Lahn

Ernst Bahr

Edmund Klein: Rada Ludowa we Wrocławiu. Centralna Rada dla Prowincji Śląskiej. [Der Volksrat in Breslau. Der Zentralrat für die Provinz Schlesien.] (Wydawnictwa Instytutu Śląskiego w Opolu, Książki.) Państwowe Wydawnictwo Naukowe, Oddział Wrocławski. Warschau, Breslau 1976. 409 S., dt. u. russ. Zufass.

Der durch mehrere Vorarbeiten über die Geschichte Schlesiens am Ende des Ersten Weltkrieges (S. 336) ausgewiesene Historiker untersucht die Entwicklung des Breslauer Volksrates und des später aus ihm hervorgegangenen Zentralrates für die Provinz Schlesien vom 9. November 1918 bis zum 31. Dezember 1919, an dem sich dieser selbst auflöste. Edmund Klein kann sich dabei auf Quellen in schlesischen Stadtarchiven, im Deutschen Zentralarchiv in Merseburg und in Potsdam (S. 332—333) sowie auf schlesische Lokalzeitungen (S. 340—341) stützen, auf Quellen also, die bisher wohl noch kein westdeutscher Historiker einsehen konnte.

Die wie in den meisten übrigen deutschen Städten als Arbeiter- und Soldatenrat gegründete Institution wandelte sich schon Mitte November 1918 durch die Unterstützung der SPD, der bürgerlichen Parteien und insbesondere unter dem Einfluß des ersten sozialdemokratischen Oberpräsidenten Felix Philipp in den „Zentralrat für die Provinz Schlesien“ um. Dadurch wurde den in diesem preußischen Landesteil ohnehin ziemlich schwachen Linksradikalen ein Riegel vorgeschoben (was der Vf. als vermutlich marxistischer Historiker erklärlicher Weise bedauert). Die Hauptschuld dafür schiebt er den Breslauer Sozialdemokraten zu, die nach dem Urteil des schlesischen Liberalen Georg Gothein (S. 370) auf dem „äußersten rechten Flügel“ jener Partei standen und „wirklich